

Niederschrift
über die Verhandlungen des

Gemeinderates

Sitzung am: 16.02.2022

Anwesend: Vorsitzender Herr Waldenberger und 20 Gemeinderäte (m/w/d), Normzahl: 22

Entschuldigt: StRin Kammerer, StR Krauß, StRin M. Schmalzried von 18.00 – 18.30 Uhr; StR Köhler von 18.00 – 18:35 Uhr

Außerdem anwesend: Frau Drechsler, Frau Keßler, Herr Schuh, Herr Spieth, Herr Kenngott, Frau Deubler, Herr Römer (Redakteur der Heilbronner Stimme), Herr Albert (Praktikant), Frau Weiner (Praktikantin), Herr Schukraft (Praktikant), Herr Mietzner, die Mitglieder des Jugendrates

Schriftführerin: Frau Schneider

§ 7 ö

Beitritt der Stadt Lauffen a.N. zum Bündnis "Seebrücke - Schafft sichere Häfen!"

Bürgermeister Waldenberger verweist auf die Vorlage 2022 Nr. 14.

Frau Drechsler führt aus, dass niemand freiwillig flieht: Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Auf der Suche nach einem Sicheren Hafen begeben sie sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten – denn in die EU gibt es kaum sichere Wege.

In den letzten Jahren sind tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer gestorben. Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen wird zum Teil behindert, z.B. indem deren Boote nicht an Land anlegen dürfen. Außerdem werden Organisationen der Seenotrettung teilweise kriminalisiert.

Die zivilgesellschaftliche Initiative "Seebrücke – Schafft sichere Häfen!" protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Diese Initiative wurde von dem Berliner Verein Mensch Mensch Mensch e.V. gegründet.

Das Bündnis "Seebrücke – Schafft sichere Häfen!" fordert Städte und Kommunen dazu auf, sich zum Sicheren Hafen zu erklären und für eine menschliche Migrationspolitik zu streiten. Mit großem Erfolg: schon über 290 Kommunen und Städte, davon 40 in Baden-Württemberg sind bereits dabei. Und es werden fast täglich mehr.

Die solidarisierten Städte und Gemeinden bieten an, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und machen gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter*innen unterstützen.

Weiterführende Informationen

Mit den „Sicheren Häfen“ hat das Bündnis den selbstständigen Protest der kommunalen Politik ins Rollen gebracht. Die immer größer werdende Solidarisierung eröffnet neue politische Möglichkeiten.

Weiterführende Informationen finden sich unter: <https://seebruecke.org/> Speziell zur Liste der Anforderungen für Kommunen, welche nach und nach umgesetzt werden können unter: <https://seebruecke.org/sichere-haefen/forderungen> Der Umsetzungsstand des Forderungskatalogs kann anhand der einzelnen beteiligten Kommunen auf der Homepage abgerufen werden.

Niederschrift
über die Verhandlungen des

Gemeinderates

Sitzung am: 16.02.2022

Anwesend: Vorsitzender Herr Waldenberger und 20 Gemeinderäte (m/w/d), Normzahl: 22

Entschuldigt: StRin Kammerer, StR Krauß, StRin M. Schmalzried von 18.00 – 18.30 Uhr; StR Köhler von 18.00 – 18:35 Uhr

Außerdem anwesend: Frau Drechsler, Frau Keßler, Herr Schuh, Herr Spieth, Herr Kenngott, Frau Deubler, Herr Römer (Redakteur der Heilbronner Stimme), Herr Albert (Praktikant), Frau Weiner (Praktikantin), Herr Schukraft (Praktikant), Herr Mietzner, die Mitglieder des Jugendrates

Schrifführerin: Frau Schneider

§ 7 ö

Beschluss für Lauffen a.N.

Die Bürger*innen der Stadt Lauffen a. N. sowie Gemeinderat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, zu integrieren und beim Ankommen zu unterstützen.

Die Stadt Lauffen a. N. möchte ein Zeichen der Menschlichkeit setzen, da die Rettung von Menschen in Seenot ein selbstverständlicher Ausdruck von Menschlichkeit ist.

StRin Dr. Müller hat sich mit der Entscheidung etwas schwer getan, wird aber zustimmen. Sie möchte aber betonen, dass sich Lauffen bisher auch schon in diese Richtung engagiert hat, auch ohne dieses Bündnis. Sie gibt zu bedenken, dass es sich laut eigenen Angaben des Bündnisses um eine politische Organisation handelt, die von Einzelpersonen getragen wird. Sie fragt was passiert, wenn sich die politischen Ziele verändern und wir nicht mehr einverstanden sind. Wie leicht komme man aus dem Bündnis heraus?

Bürgermeister Waldenberger erklärt, dass im Grunde all unser Handeln Politik sei. Im von StRin Dr. Müller geschilderten Fall würden wir das Bündnis verlassen, das sei selbstverständlich. Es gehe nicht darum, dass die Verwaltung auf den Briefbogen schreiben möchte, wir sind Seebrücke, wir sind kinderfreundlich, ... Es gehe um die Arbeit mit den Menschen, die hier ankommen. Es gehe um das Signal. Wenn die Politik aber nicht mehr stimme, seien wir schnell draußen.

StR Jäger hat das Thema mit seiner Fraktion kontrovers diskutiert. Allem bisher Gesagtem wird zugestimmt. Die Fraktion sieht zumindest mehrheitlich mit dem Beitritt ein falsches Signal für schlechte Menschen, die meinen, sie schippern einfach Menschen rüber, irgendwo werden sie schon gerettet. Es fällt ihnen deshalb schwer, dem Bündnis zuzustimmen, nicht aber dem Vorhaben, Menschen aufzunehmen.

StR Breischaff empfindet es als nicht notwendig, dass wir uns zum sicheren Hafen erklären. Wir sind eine sichere Stadt, bisher wurden alle uns zugewiesenen Flüchtlinge aufgenommen. Wir müssen uns nicht dazu bereiterklären, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, das wird sowieso bereits im gesetzlichen Rahmen getan. Einer Ausweitung von Rettungsorganisationen über die schon bestehenden Rettungsorganisationen hinaus kann er nicht zustimmen. Den Schleusern würde das in die Karten spielen. Es gehe dann nicht um Seenotrettung im eigentlichen Sinne sondern um ein Geschäft.

Niederschrift
über die Verhandlungen des

Gemeinderates

Sitzung am: 16.02.2022

Anwesend: Vorsitzender Herr Waldenberger und 20 Gemeinderäte (m/w/d), Normzahl: 22

Entschuldigt: StRin Kammerer, StR Krauß, StRin M. Schmalzried von 18.00 – 18.30 Uhr; StR Köhler von 18.00 – 18:35 Uhr

Außerdem anwesend: Frau Drechsler, Frau Keßler, Herr Schuh, Herr Spieth, Herr Kenngott, Frau Deubler, Herr Römer (Redakteur der Heilbronner Stimme), Herr Albert (Praktikant), Frau Weiner (Praktikantin), Herr Schukraft (Praktikant), Herr Mietzner, die Mitglieder des Jugendrates

Schrifführerin: Frau Schneider

§ 7 ö

StR Roschlau ist durch die Symbolik motiviert zuzustimmen. Wir alle sprächen aus einer Position der Unwissenheit heraus. Wir haben mit Flucht und Rettungsbooten nichts zu tun. Wir nehmen Schlepper wahr, nehmen die Flüchtlinge wahr. Man dürfe nicht vergessen zu fragen, warum Menschen fliehen. Es sind Millionen von Menschen unterwegs, die aufgrund ihrer Situation gezwungen sind, ihr Heimatland zu verlassen. Die EU verschließt sich komplett dem Thema. Viele Länder seien nicht bereit, Menschen aufzunehmen. Das Problem ist ein europäisches. Die Stadt könnte aus dem Bündnis jederzeit austreten, wenn es politisch in eine andere Richtung gehe. Es gehe um die Symbolik, dass wir bereit sind, mitzuwirken, zur Verfügung zu stehen. Das hat Lauffen schon immer getan, dazu würden wir uns weiterhin verpflichten.

StRin M. Schmalzried betont, dass Asyl ein Menschenrecht sei. Es gebe keine sicheren Fluchtwege für diese Menschen, die EU baue Zäune, deshalb werden die Menschen in Schleuserhände getrieben. Sie ist der Meinung, man könne den Menschen, die vor dem Ertrinken retten, nicht die Schuld zuweisen und es ihnen noch schwerer machen wollen.

StR Fabich kann dem Vorhaben nicht zustimmen. Es gehe um Symbolik, um falsche Reize und Signale. Damit würde das System gefördert, in dem skrupellose Schlepper Menschen in Boote setzen und in Gefahr bringen, wohlwissend, dass es genügend Menschen gibt, die bereit sind zu retten. Er ist nicht gegen Seenotrettung, aber gegen bewusst herbeigeführte Seenot.

StR Köhler weist darauf hin, dass niemand Krieg möchte. Wir leben in einem Land, das mit seinem Waffenexport dafür sorgt, dass Kriege geführt werden können. Menschen müssen auf gefährlichen Routen flüchten, weil andere von der EU geschlossen wurden. Dem Bündnis beizutreten ist eine bewusste Entscheidung.

StRin Zoller-Lang findet es legitim, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass dieses Zeichen gesetzt werden sollten. Menschen flüchten auf unmöglichen Wegen und sind froh, wenn sie Schleuser finden. Sie ist dafür, ein Zeichen für Solidarität zu setzen.

Niederschrift
über die Verhandlungen des

Gemeinderates

Sitzung am: 16.02.2022

Anwesend: Vorsitzender Herr Waldenberger und 20 Gemeinderäte (m/w/d), Normzahl: 22

Entschuldigt: StRin Kammerer, StR Krauß, StRin M. Schmalzried von 18.00 – 18.30 Uhr; StR Köhler von 18.00 – 18:35 Uhr

Außerdem anwesend: Frau Drechsler, Frau Keßler, Herr Schuh, Herr Spieth, Herr Kenngott, Frau Deubler, Herr Römer (Redakteur der Heilbronner Stimme), Herr Albert (Praktikant), Frau Weiner (Praktikantin), Herr Schukraft (Praktikant), Herr Mietzner, die Mitglieder des Jugendrates

Schrifführerin: Frau Schneider

§ 7 ö

Der Gemeinderat fasst bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen zur Vorlage 2022 Nr. 14 folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lauffen am Neckar unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich zum „sicheren Hafen“.
2. Die Stadt Lauffen am Neckar erklärt sich dazu bereit, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind, und teilt dies den zuständigen Behörden – insbesondere dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – mit.
3. Der Gemeinderat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung der Menschen im Mittelmeer einzusetzen.